

Parlamentarische Bürgerinitiative

betreffend

Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Eine Finanztransaktionssteuer fällt in die Bundeskompetenz.

Dieses Anliegen wurde bis zur Einbringung im Nationalrat von **639** BürgerInnen mit ihrer Unterschrift unterstützt. (Anm.: zumindest 500 rechtsgültige Unterschriften müssen für die Einbringung im Nationalrat vorliegen.)

Anliegen:

Der Nationalrat wird ersucht,

die Regierung zu beauftragen, einen Gesetzesvorschlag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer dem Parlament dringend vorzulegen. Im Jahre 2006 einstimmig verabschiedete das Parlament eine Resolution an die Regierung, eine Devisentransaktionssteuer einzuführen. Für das Budgetjahr 2016 waren Einnahmen von 500 Mio.€ aus einer Finanztransaktionssteuer eingeplant. Das Parlament wird ersucht, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, die sich auf den aktuellen Finanzmarkt bezieht. Die Einführung einer breiten Finanztransaktionssteuer würde vorrangig der Stabilisierung der Finanzmärkte dienen (durch Eindämmung des Hochfrequenzhandels) und zusätzlich für Steuereinnahmen sorgen. Weiters wird der Nationalrat ersucht, die Regierung zu beauftragen, sich für die seit 2012 laufenden Verhandlungen in der vertieften Kooperation für die Einführung der Finanztransaktionssteuer der zehn EU-Mitgliedsländer noch stärker einzusetzen, um die Finanztransaktionssteuer demnächst einführen zu können.

(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen)

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend

Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Erstunterzeichner/in

Name	Anschrift und E-Mail Adresse	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Eingetragen in die Wählerevidenz der Gemeinde
em.Univ.Prof.Dl.Dr. Hans Peter Degischer				

SPEKULATION mit Finanztransaktionen BESTEUERN!



Das Finanz-Casino schließen. –
Finanztransaktionssteuer (FTS) jetzt einführen!

Steuergerechtigkeit einfordern!

Für Geschäfte an Börsen und am Kapitalmarkt werden fast keine Steuern bezahlt. Das ist ungerecht!

Sogar einige Milliardäre, darunter George Soros, und der österreichische Unternehmer H. P. Haselsteiner fordern eine höhere Besteuerung der Superreichen. Denn wir brauchen dringend **Geld für Bildung, Infrastruktur und Sozialleistungen**.

Es ist längst Zeit für die Einführung der Finanztransaktionssteuer. Denn sonst heißt es in der nächsten Krise wieder: Gewinne für die (privaten) Akteure am Kapitalmarkt, Verluste für die Gesellschaft.

Jean Ziegler, ehemaliger UN-Beauftragter und Schweizer Nationalrat, sagt: ‚Wir leben unter der Weltdiktatur des globalisierten Finanzkapitals.‘

Stopp den zerstörerischen Kräften der Finanzspekulation!

Fordern Sie jetzt mit uns die Finanztransaktionssteuer!

Diese brächte für Österreich Staatseinnahmen
von monatlich circa 50 Millionen Euro!

Mehr Informationen: www.attac.at

www.parlament.gv.at

SeniorInnen
%attac

Die Finanztransaktionssteuer

Seit Jahren wird über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) gesprochen. Aber was ist damit gemeint?

Finanztransaktionen, also der Handel mit Wertpapieren und Finanzprodukten, werden heute in Millisekunden elektronisch abgewickelt. Die FTS ist eine **Steuer auf Finanztransaktionen**, die diese mit einem geringen Satz von z. B. 0,1 Prozent besteuert. Auch der Handel außerhalb von Banken und Börsen (über sogenannte „Trade Information Warehouses“ und Schattenbanken) muss erfasst und besteuert werden.

Der Zahlungsverkehr von 99 Prozent der Bevölkerung und der Warenhandel wären nicht von der FTS betroffen. Die FTS trifft vor allem Finanzinstitutionen, die rasch und häufig Finanzprodukte kaufen und verkaufen. Private Pensionsversicherungen wären aufgrund ihrer relativ seltenen Transaktionen vergleichsweise wenig berührt.

Seit 2012 verhandeln zehn EU-Länder (Deutschland, Frankreich, Spanien, Portugal, Österreich, Italien, Griechenland, Belgien, Slowenien und die Slowakei) über die Einführung einer gemeinsamen FTS.

Eine **effektive Besteuerung** muss:

- sowohl KäuferInnen als auch VerkäuferInnen einbeziehen;
- als Grundlage den Marktwert heranziehen;
- das sogenannte Ausgabe- und Residenzprinzip anwenden, um zu verhindern, dass der Handel auf nicht besteuerte Plätze ausweicht. Sobald ein Handelspartner den Sitz in einem FTS-Land hat, unterliegt er der Finanztransaktionssteuer.

Diese sogenannte „vertiefte Kooperation“ wird von Finanzminister Hans Jörg Schelling koordiniert.

Vorteile der Finanztransaktionssteuer

EU-weit werden täglich circa 1 Billion Euro mit Finanztransaktionen umgesetzt. Eine Finanztransaktionssteuer von nur 0,1 Prozent in den zehn Ländern würde jährliche Einnahmen von 22 Milliarden Euro schaffen. Die FTS schafft jedoch nicht nur Staatseinnahmen, sondern hat auch eine steuernde Wirkung: Sie bremst Hochfrequenzhandel (Kaufen und Verkaufen innerhalb von Sekunden) und Spekulation.

Die Einführung der FTS ist längst überfällig. Sie dient der Regulierung der Finanzmärkte und ist ein wichtiger Schritt zu mehr Gerechtigkeit sowie zur Reduktion der Gefahren und Kosten von Finanzkrisen. Fordern wir unsere Regierung auf, rasch die FTS einzuführen!

Wann kommt die Finanztransaktionssteuer endlich?

Die Mehrheit der Menschen in Europa befürwortet die Einführung einer FTS. In einer Umfrage des Internetportals boersennews.de sprachen sich sogar 62 % der AnlegerInnen (!) für eine FTS aus. Bereits 2006 beauftragte das österreichische Parlament die Regierung einstimmig, sich für eine EU-weite Devisentransaktionssteuer, eine Form der FTS, einzusetzen. **Viele Regierungen haben sich bereits zur FTS bekannt. In Österreich wurde sie 2016 schon mit 500 Millionen Euro pro Jahr ins Budget eingerechnet.** Obwohl die zehn EU-Länder schon seit 2012 verhandeln, wurde die FTS immer noch nicht eingeführt.

Dahinter stehen der enorme politische Druck der Finanzmärkte und der fehlende politische Wille der europäischen Regierungen. Die Finanzlobbies kämpfen nach wie vor gegen die Steuer und versuchen sie noch zu verhindern oder aufzuweichen. Es bleibt also noch viel zu tun! Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen auf der ganzen Welt setzt sich Attac dafür ein, dass die Finanztransaktionssteuer in der EU und auf globaler Ebene Realität wird, um mit diesen Einnahmen Investitionen für Bildung, Wohnen, Gesundheit, Infrastruktur und Soziales zu finanzieren statt diese zu kürzen.

Weitere Informationen:

www.robinhoodtax.org

www.nototaxhavens.eu

www.wege-aus-der-krise.at

www.parlament.at/attac.at/kampagnen/finanztransaktionssteuer



